

Hochwassergefahr steigt

Retentionsbecken soll Abhilfe schaffen

Von Christoph Plum

Niederkassel - In den ersten 3 Monaten dieses Jahres gab es bereits 6 Hochwässer im Raum Köln/Bonn. Die Hochwassersituation verschlechtert sich überall dramatisch. Dies zeigen auch die sich häufenden Schadensberichte aus aller Welt.

Im Rahmen des Hochwasserschutzkonzeptes der Stadt Köln soll ein Retentionsbecken (Wasserrückhaltebecken) im Langer Bogen entstehen. Dadurch soll ein Schutz vor einem sogenannten 200-jährlichen Hochwasser erreicht werden. Damit bezeichnet man ein etwa alle 200 Jahre vorkommendes Hochwasserereignis, welches am Kölner Pegel 11,90 m hoch stehen würde.

Das Retentionsbecken brächte aber auch Risiken mit sich. Durch das darin gestaute Rheinwasser würde das Grundwasser hinter dem Becken stark ansteigen. Das Rheingrundwasser stieße dann auf die aus dem Bereich der Agger rheinwärts fließenden Grundwasserströme und drückte es an die Oberfläche. Genau dort aber findet man heute einen großen Teil der Wohnbebauung Lülldorfs.

Ein weiterer Gefahrenpunkt ist das sogen. Qualmwasser, das unter dem neu zu errichtenden Deich, der das Becken umschließen soll, hindurch fließen und auf der Landseite austreten würde. Damit würden die Anwohner ein zweites Mal gefährdet. Dies soll durch Entlastungsgräben verhindert werden, die das Wasser zu Pumpstationen führen. Von dort soll es in das Becken zurück gepumpt werden.

Fakt ist aber auch, dass weite Teile von Lülldorf, Ranzel und Langel bei einem 200-jährlichen Hochwasser unter Wasser stehen würden, wenn dieses Retentionsbecken nicht gebaut würde. Der abgedruckte Lageplan verdeutlicht diese befürchtete Situation. Das Becken soll auch als Ausgleichsmaßnahme für den Deichbau in Niederkassel-Rheidt dienen.

Nach den Kölner Planungen sollte das Retentionsbecken zuerst insbesondere den Schutz der Kölner Altstadt verbessern, womit Josef Schaap (rechts) zeigt Christoph Plum den Bereich des geplanten Retentionsraumes. Links im Bild Porz-Langel, rechts der Ortsrand von Lülldorf. Die gesamte Ackerfläche bis zum Rand der Bebauung würde bei geflutetem Becken unter Wasser stehen.

aber gleichzeitig erhebliche Gefahren für die Anwohner des Retentionsraumes verbunden wären. Die betroffene Bevölkerung wurde über diese Planungen aber kaum informiert.

Das wollten sich die Bürger aus Lülldorf, Ranzel und Langel aber nicht gefallen lassen und so gründeten sie im April 1997 die KBW (Konzertierte Bürgerbewegung) mit dem Ziel eines gemeinsam zwischen den Bürgern von Lülldorf, Ranzel und Langel abgestimmten Handelns, z.B. mit gemeinsamen Aktionen gegen das Retentionsbecken.

Für ein Interview stand mir Josef Schaap, Sprecher der KBW, zur Verfügung. Ziel der KBW war es, wie Herr Schaap erklärte, durch Sachverstand und Argumente bei den beteiligten Behörden darauf hin zu wirken, dass die Bevölkerung umfassend über die laufenden Planungen informiert wird und vor möglichen Gefahren durch eine veränderte Grundwassersituation geschützt wird.

Die KBW hatte in kürzester Zeit schon fast 1500 Mitglieder. Sie beobachtet laut Josef Schaap genau die Aktivitäten der Städte Köln und Niederkassel zum Hochwasserschutz und befasst sich kritisch mit den Planungen zum Retentionsbecken. Dabei achte sie vor allem darauf, dass der Schutz der Anwohner vor den Gefahren eines starken Grundwasseranstiegs beim Betrieb des Retentionsbeckens in die Planungen einfließe. Die KBW sei sehr schnell von den beteiligten Städten und auch der Bezirksregierung Köln als kompetente Gesprächspartnerin anerkannt worden. Von den Behörden erhalte sie umfangreiche Akteneinsicht und sogar zahlreiche wichtige Planungsunterlagen in Kopie. Josef Schaap betonte, dass sich die KBW in den vergangenen Jahren umfassend und intensiv mit diesen Unterlagen befasst habe. So sei eine Vielzahl von Informationen und Fachkenntnissen zusammengetragen und ausgewertet worden. Deshalb sehe es die KBW als einen großen Erfolg ihrer Arbeit an, dass die Bezirksregierung Köln, die über die Planungen entscheidet, z.B. wissenschaftliche Gutachten über die Auswirkungen der Chemiemüll-Deponie der Hüls in Ranzel auf das Grundwasser in Auftrag gegeben habe und andere, von den Städten Köln und Niederkassel vorgelegte Gutachten von neutralen Stellen prüfen habe lassen. Auch näherte sich die Bezirksregierung offensichtlich den begründeten Argumenten der KBW an, den Altdeich auch gegen den Willen der Stadt Köln zum Schutz der Anwohner, aber auch der dort tätigen Landwirte, nicht abzuflachen. Dadurch würden mögliche Schäden für die Betroffenen ganz erheblich verringert.

1996 beschloss der Rat der Stadt Köln das Hochwasserschutzkonzept Köln. Dem Schutz der Stadt Köln sollte danach auch ein Retentionsbecken im Langer Bogen dienen. Die dortige Bevölkerung war bis zur Gründung der KBW 1997 noch nicht über die vorgesehenen Planungen unterrichtet.

Neben den Hochwasserschutzplänen der Stadt Köln wollte die Stadt Niederkassel Verbesserungen des Hochwasserschutzes für Rheidt durch das Retentionsbecken ausgleichen.

Die KBW hat mehrfach die Bevölkerung auf die Risiken aufmerksam gemacht, die durch dieses Becken entstehen könnten. Im Laufe der Zeit fanden zahlreiche Gespräche mit den beteiligten Verwaltungen und Politikern statt. Der KBW ist es durch sachliche Gespräche

gelingen, die Sorgen der Bevölkerung so darzustellen, dass diese im Fortgang der Planungen berücksichtigt wurden.

Es kann wohl davon ausgegangen werden, dass die Bezirksregierung den Argumenten der KBW größtenteils folgen wird. Der vorhandene Altdeich soll wahrscheinlich nicht, wie von den Städten Köln und Niederkassel gewünscht, auf eine Höhe von 10,64 m Kölner Pegel abgeflacht werden, sondern etwa bei der derzeitigen Höhe von 11 m bleiben. Durch den das anschließende Retentionsbecken begrenzenden neuen, höheren Deich würde die Bevölkerung auch ohne die zunächst zu Recht befürchteten Grundwasserprobleme gegen das 200-jährliche Hochwasser von 11,90 m Kölner Pegel geschützt sein. (cp)

Kopernikus-Gymnasium Niederkassel
Klasse 8 b [April 2002]

Für den Artikel standen mir zur Verfügung:

Hochwasserschutzkonzept der Stadt Köln
Auszüge aus den amtlichen
Planungsunterlagen
eigene Fotos
Das Interview ist von Herrn Schaap
autorisiert.